

## **Polarisierung, Radikalisierung – und wie wir als Gesellschaft reagieren müssen**

*Ein Beitrag von Dr. Alexander Yendell, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Leipzig*

Am 22. März 2025 durfte ich im Rahmen des Bundesfachforums „**C The Unseen – Unsichtbares sichtbar machen**“ in der Neuen Sächsischen Galerie Chemnitz einen Vortrag halten. Thema: „**Gesellschaftliche Spaltungen: Ursachen, Auswirkungen und Lösungsansätze**“.

Mein Dank gilt dem Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen sowie den Landes- und Lokalpartner:innen, die diesen Raum des Austauschs ermöglicht haben – in einer Stadt, die wie kaum eine andere für die Spannungen und Herausforderungen demokratischen Zusammenhalts steht.

In meinem Vortrag habe ich zentrale Befunde aus mehrjähriger empirischer Forschung vorgestellt: Zu politischen Einstellungen in der Bevölkerung, zu autoritären Tendenzen, zu affektiven Mobilisierungen und zu den psychosozialen Grundlagen von Radikalisierungsprozessen. Mein Ziel war es, auf Basis dieser Befunde konkrete Handlungsoptionen für die Präventionspraxis – insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendbildung – zu diskutieren.

Der Beitrag skizziert im Folgenden:

- (1) Die theoretischen Grundlagen meiner Analyse,
- (2) die empirischen Ergebnisse, die daraus folgen,
- (3) sowie eine Reihe präventiver Handlungsempfehlungen – ergänzt durch eine publikumsgenerierte Rückfrage, die mich zu einer weiterführenden Klärung und Zuspitzung veranlasst hat.

---

### **Theoretische Grundlagen und Perspektiven**

Zur Analyse gesellschaftlicher Radikalisierungsprozesse habe ich auf verschiedene sozialwissenschaftliche und psychologische Konzepte zurückgegriffen:

- Die Theorie der **autoritären Persönlichkeit** (Adorno u. a.) hilft zu verstehen, warum Menschen sich nach autoritärer Ordnung und Konformität sehnen – oft um eigene Unsicherheit zu kompensieren.
- Die sogenannte **Dunkle Triade** – bestehend aus Narzissmus, Machiavellismus und subklinischem Psychopathiebegriff – zeigt enge Korrelationen mit Gewaltakzeptanz und menschenfeindlichen Einstellungen.
- Die **Kontakthypothese** (Allport) betont, dass Vorurteile durch persönliche Begegnung abgebaut werden können – umgekehrt gilt: wo Kontakt fehlt, bleiben Feindbilder stabil.

- **Theorien politischer Sozialisation** weisen auf die prägende Rolle von Kindheit und Jugend hin, während die **politische Psychologie autoritärer Bewegungen** hilft zu verstehen, wie affektive Mobilisierung durch Angst, Wut und Kränkung funktioniert.

Diese theoretischen Perspektiven strukturieren die empirischen Befunde – sie zeigen, warum bestimmte Persönlichkeitsstrukturen und emotionale Prägungen besonders anfällig für autoritäre Versuchungen sind.

---

### **Was wir gefunden haben – zentrale empirische Ergebnisse**

Rechtsextreme Einstellungen, Muslimfeindlichkeit und Verschwörungsdenken sind in Teilen der Bevölkerung weit verbreitet – oft verbunden mit pauschaler Abwertung, Feindbildkonstruktionen und einem tiefen Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen. Hinzu kommt eine psychologisch aufgeladene Gewaltbereitschaft, die sich in ausgeprägten Gewaltfantasien äußert – bis hin zur Faszination für Eskalation, Krieg und Überlegenheit. Diese „Kriegssehnsucht“ ist dabei nicht Ausdruck militärischer Rationalität, sondern eine Kompensationsstrategie: Sie dient der Aufwertung des bedrohten Selbst und bedient das Bedürfnis nach Dominanz und äußerer Kontrolle.

Diese Muster finden sich besonders häufig bei Menschen mit autoritären oder „dunklen“ Persönlichkeitsstrukturen. Viele von ihnen haben früh negative Erfahrungen gemacht: emotionale Vernachlässigung, mangelnde Bindungssicherheit oder rigide, strafende Erziehung. Daraus ergibt sich ein Bedürfnis nach Ordnung, Eindeutigkeit und sozialer Überlegenheit – verbunden mit geringer Resilienz.

Politische Einstellungen sind hier selten Ergebnis differenzierter Argumentation, sondern Ausdruck emotionaler Abwehr. Es geht nicht um Sachfragen – sondern um Identität, Kränkung, Kompensation. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die nachfolgenden Handlungsempfehlungen.

---

### **Was wir tun können – präventive Handlungsempfehlungen**

*Die folgenden Empfehlungen gehen über die Diagnose hinaus. Sie beruhen auf meinen empirischen Analysen, formulieren jedoch auch eine gesellschaftliche Verantwortungsperspektive – als Demokrat, nicht nur als Wissenschaftler.*

#### **1. Früh ansetzen: Kindheit, Erziehung und Resilienz**

Die Phase der Kindheit und Jugend ist entscheidend für die politische und emotionale Grundhaltung. Solange Kinder vernachlässigt, entwertet oder zur Unmündigkeit erzogen werden, darf man sich über Gewalt, Radikalisierung und autoritäre Einstellungen nicht wundern. Dieses Erkenntnis wird noch immer verdrängt oder als „Psychologisierung“ abgetan – dabei gilt: Die Familie ist die Keimzelle der Demokratie.

Kinder, die Sicherheit, Vertrauen und Zuwendung erfahren, entwickeln Selbstvertrauen und Empathie. Das macht sie widerstandsfähiger gegen extremistische Verführungen. Wir brauchen daher tragfähige Familienstrukturen – und dort, wo diese fehlen, gezielte psychosoziale Unterstützung.

## **2. Institutionelle Verantwortung stärken**

Neben der Familie sind Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen zentrale Orte demokratischer Bildung. Es braucht mehr Investitionen in Kinder- und Jugendarbeit – auch in erfahrungsorientierte Formate wie Erlebnispädagogik. Kitas sind keine Schulen: Hier sollte Fürsorge und emotionale Stabilisierung Vorrang vor kognitiver Frühförderung haben. Dafür braucht es qualifiziertes und ausreichend ausgestattetes Personal.

Alle Kinder und Jugendlichen verdienen einen würdevollen Umgang – besonders jene, die nicht privilegiert sind. Ihre Anerkennung und Teilhabe ist kein moralischer Luxus, sondern Grundlage demokratischer Resilienz.

## **3. Kulturelle Bildung als Ort demokratischer Erfahrung**

Kunst- und Kulturpädagogik ermöglicht jungen Menschen, ihre Emotionen auszudrücken, Perspektiven zu wechseln und Anerkennung jenseits von Leistung zu erfahren. Wer lernt, Gefühle wie Ohnmacht oder Wut kreativ zu bearbeiten, ist weniger anfällig für menschenfeindliche Ideologien. Kulturelle Bildung stärkt nicht nur ästhetisches Empfinden, sondern soziale Bindung, Ambiguitätstoleranz und Selbstwirksamkeit.

## **4. Politische Bildung – mit Blick auf ihre Grenzen**

Politische Bildung ist zentral – aber sie hat ihre Grenzen. Rechtsextreme Akteure arbeiten mit Angst und Eskalation, Demokrat:innen mit Argumenten. Das führt zu asymmetrischer Kommunikation: Fakten helfen wenig, wo Affekte dominieren.

Wirksam sind hingegen Empathietrainings, Perspektivwechsel, kooperative interkulturelle Erfahrungen (vgl. Beelmann 2017). Dabei muss auch der Autoritarismus unter Zugewanderten thematisiert werden, um gefährliche Co-Radikalisierungen zu verhindern. Demokratieförderung darf nicht selektiv sein.

## **5. Wertewandel und Medienkompetenz fördern**

Unsere Gesellschaft braucht eine Werteorientierung jenseits von Wettbewerb und Leistungsdruck – hin zu Kooperation, Verantwortung und Anerkennung.

Medienkompetenz muss gestärkt werden – nicht nur technisch, sondern auch im Sinne kritischer Urteilsfähigkeit. Und eine neue europäische Identität wird dann problematisch, wenn sie erneut auf Ausgrenzung basiert. Eine demokratische Kultur lebt von Empathie – nicht von Abgrenzung.

---

## **Eine kluge Rückfrage – und die notwendige Zuspitzung**

Nach dem Vortrag kam aus dem Publikum eine zentrale Frage: „*Kann man denn nicht trotzdem mit Rechten reden?*“

Diese Frage hat mich dazu veranlasst, meine Antwort nachträglich zu präzisieren.

Denn Demokrat:innen glauben an Dialog, Wahrheit und Argumente. Rechte hingegen operieren mit Wirkung, Eskalation und Feindbildern. Das ist kein Gespräch auf Augenhöhe – es ist ein asymmetrischer Kampf. Wer rational diskutieren will, verliert gegen emotionale Inszenierung.

Viele AfD-Wähler:innen leben in Krisen. Sie sind nicht resilient, befinden sich in Angstschleifen oder schieben anderen die Schuld für ihr persönliches Scheitern zu. Politische Gespräche greifen hier zu kurz – es geht nicht um Inhalte, sondern um Identitätsstabilisierung durch Abwertung.

Man kann mit diesen Menschen sprechen – aber nicht über Politik. Wenn überhaupt, dann auf persönlicher Ebene. Gefestigte Rechte erreicht man nicht durch Debatten, sondern durch klare Grenzziehung.

### **Grenzen setzen heißt nicht ausgrenzen – sondern dort klar bleiben, wo Menschenfeindlichkeit die Grundlagen des Dialogs zerstört.**

Diese Form der Grenzziehung ist kein autoritärer Akt – sondern Ausdruck demokratischer Selbstachtung.

Autoritäre Menschen respektieren keine demokratische Milde – sondern Autorität. Demokratie verteidigt sich durch Klarheit, nicht durch Anbiederung.

Prävention gehört dorthin, wo politische Einstellungen noch nicht verfestigt sind: in Kitas, Schulen und offene Jugendarbeit. Dabei geht es nicht um parteipolitische Erziehung, sondern um demokratische Grundhaltungen – Ambiguitätstoleranz, Konfliktfähigkeit, Anerkennung.

Ein Rechtsruck innerhalb demokratischer Parteien ist gefährlich. Denn autoritär eingestellte Menschen wählen das Original – nicht die Light-Version. Das zeigen zahlreiche Studien der Demokratieforschung.

Und zum Schluss:

### **Mit Rechten zu diskutieren kostet Zeit und Energie – Ressourcen, die wir in dieser kritischen Phase nicht haben.**

Diese Energie fehlt dort, wo sie dringend gebraucht wird: beim Schutz demokratischer Institutionen, beim Aufbau solidarischer Strukturen, bei der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

**Wer sich jetzt in destruktive Dynamiken verstrickt, läuft Gefahr, die Demokratie zu schwächen – genau dann, wenn sie am verletzlichsten ist.**